

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)  
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)  
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)  
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

3001 Bern / Seilerstrasse 4 / Postfach 7836 / Tel. 031/382 10 10 / Fax 031/382 10 16  
Internet <http://www.sab.ch> E-Mail [info@sab.ch](mailto:info@sab.ch) Postkonto 50-6480



Bern, 21. Januar 2011

## SAB-Medienmitteilung Nr. 1070

### OECD-Bericht zur Regionalpolitik teilweise irreführend

***Der OECD-Bericht zur Regionalpolitik geht von einer zu optimistischen Beurteilung der Verhältnisse in den schweizerischen Berggebieten aus. Die Schlussfolgerung, dass die Regionalpolitik auch auf die Agglomerationen ausgedehnt werden sollte, wird von der SAB abgelehnt. Diese Ausdehnung wäre eine weitere Verwässerung der Regionalpolitik.***

Der heute vorgestellte OECD-Bericht zur Regionalpolitik ist teilweise irreführend. Der Bericht geht davon aus, dass es den schweizerischen Regionen gut gehe. Der Bericht hält beispielsweise fest, dass die Regionen nicht von der Abwanderung betroffen seien. Die OECD verwendet den Begriff Regionen allerdings für die Grossregionen und Kantone. Damit sind nicht die Regionen nach schweizerischem Verständnis gemeint. Die schweizerischen Bergregionen sind unterhalb des kantonalen Niveaus angesiedelt. Einige dieser Bergregionen sind durchaus von Abwanderung und dem demographischen Wandel betroffen. Damit ist die Überalterung der Bevölkerung gemeint. Dreizehn der 54 Bergregionen weisen einen Altersquotienten von über 30% auf. Zum Vergleich: das schweizerische Mittel liegt bei 24,8%. Die Ausgangslage der Regionen nach schweizerischem Verständnis ist also keineswegs so rosig, wie es der OECD-Bericht schildert.

Durch die fragwürdige Schilderung der Ausgangslage kommt der OECD-Bericht teilweise zu falschen Schlussfolgerungen. Als Roter Faden zieht sich die

Aussage durch den Bericht, dass die Regionalpolitik auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden müsse. Angesichts der schwierigen Situation einiger Bergregionen wäre diese Ausdehnung auf die Agglomerationen verheerend. Die wenigen Mittel der Regionalpolitik (der Bund investiert jährlich nur noch 30 Mio. Fr. in die Regionalpolitik) würden auf zusätzliche Nutzniesser verteilt und die Wirkung der Regionalpolitik noch weiter verwässert. Gefordert ist vielmehr ein verstärkter Einsatz der Mittel der Regionalpolitik in den Berggebieten und ländlichen Räumen. Eine weitere räumliche Ausdehnung und damit Verwässerung wird von der SAB abgelehnt.

Der OECD-Bericht hat einige Probleme der Neuen Regionalpolitik des Bundes richtig aufgezeigt. Dazu gehören u.a. die ungenügende Koordination der verschiedenen raumrelevanten Politikbereiche. Der OECD-Bericht hat aber verschiedene Vollzugsprobleme der Regionalpolitik nicht erkannt oder verschweigt diese. So erstaunt es beispielsweise, dass die Regionen als wichtige Akteure der Regionalpolitik im Bericht nicht erwähnt werden. Auch der Einbezug der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in die Regionalpolitik erweist sich als falsch. Denn die Inhalte und Ziele der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden durch die Europäische Union vorgegeben und sind breiter gefasst, als die restriktiven Förderkriterien der schweizerischen Regionalpolitik.

### **Weitere Informationen**

Thomas Egger, Direktor SAB

Tel 031 382 10 10